

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort

TOP 22 + 26 Berufliche Bildung

Dazu sagt der Vorsitzende der Grünen Landtagsfraktion,

Karl-Martin Hentschel:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 035.09 / 29.01.2009

Ausbildung für alle

Die Hamburger Illustrierte Stern hat in der Ausgabe 3 dieses Jahres nachgewiesen, dass die Behauptung, alle Jugendlichen bekämen eine Ausbildungsstelle, nicht zutrifft. In der Stellungnahme der Bundesagentur dazu werden die Zahlen des Stern bestätigt – lediglich die Schlussfolgerung, die Bundesagentur hätte die Zahlen frisiert, sei falsch. Man hätte die Wahrheit schon immer erkennen können, wenn man die Statistik richtig gelesen hätte.

Wohl wahr – schon der Nationale Bildungsbericht 2008 von Ministerin Schavan legte offen, dass über ein Drittel aller Jugendlichen im so genannten Übergangssystem landen. In diesem System befanden sich 2007 über 500 000 Jugendliche und es kostete den Staat über 3,4 Milliarden Euro.

Viele Jugendliche landen dabei in Maßnahmen der Bundesagentur, oder sie absolvieren eine Berufsfachklasse, landen im Berufsvorbereitungsjahr oder – wenn all das nicht zutrifft – landen sie im BEK – den Berufseingangsklassen – die früher mal Arbeitslosenklassen hießen.

Es gibt aber auch weiterhin zahlreiche Jugendliche, die nirgends landen. Denn meistens wird nicht einmal kontrolliert, ob sie der Schulpflicht überhaupt genügen. Manche von Ihnen machen Hilfsarbeiten in Kleinbetrieben, oder sie arbeiten für 400 Euro an der Kasse im Supermarkt. Manche liegen zuhause auf dem Sofa und tauchen erst mit 20 bei der Arbeitsagentur auf, wenn sie vom Hotel Mama rausgeschmissen werden. Und Mädchen – aber auch Jungs aus Einwandererfamilien werden oft verheiratet ohne eine Ausbildung zu haben.

15 Prozent der Jugendlichen bekommt keine Ausbildung, bei den ausländischen Jugendlichen erhalten mittlerweile fast 75 Prozent keine Berufsausbildung. Diese Jugendlichen haben später kaum eine Chance, jemals einen qualifizierten Job zu bekommen. Der Bericht der Bundesbildungsministerin Schavan benennt deshalb den Abbau von Umwegen beim Übergang von den Schulen in die Ausbildung als eine der zentralen Herausforderungen für die Bildungspolitik der kommenden Jahre.

Auch in Schleswig-Holstein ist die Situation nicht besser. Nach dem Bildungsbericht landeten in Schleswig-Holstein sogar 42,8 Prozent aller Jugendlichen – das sind über 11 000 Jugendliche jährlich – im Übergangssystem. Lediglich 42,7 Prozent bekamen einen Ausbildungsplatz in der hoch gelobten dualen Ausbildung.

Und es traf nicht nur Hauptschüler. Von den im letzten Herbst unversorgten Schulabgängern hatten 40 Prozent einen Realschulabschluss und 11 Prozent sogar eine Fachhochschulreife oder Hochschulreife.

Und trotzdem wurde von Ministerium, IHK und Bundesagentur im letzten Herbst noch lauthals verkündet, alle Jugendlichen würden untergebracht. Das ist eine unentschuld-bare Falschmeldung – die Betroffenen müssen sich da verhöhnt vorkommen. Ich freue mich, dass auch die große Koalition in Schleswig-Holstein jetzt das Thema ernst nimmt, Berufsschulen besucht und einen Antrag vorgelegt hat.

Damit mich hier niemand missversteht: Das Duale Ausbildungssystem leistet großartige Beiträge in der Qualität der Ausbildungen und bei der Integration der Auszubildenden in den ersten Arbeitsmarkt. Dies möchte ich ausdrücklich loben und mich bei den dahinter stehenden Akquisiteuren und Betrieben bedanken.

Die GRÜNE Landtagsfraktion begrüßt auch das Handlungskonzept Schule und Arbeitswelt der Landesregierung, um den Übergang der Jugendlichen von der Schule in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu verbessern.

Aber angesichts der Problemlage reicht das nicht aus. Anstatt weiter mit Programmen, Fördermaßnahmen und Handlungskonzepten an den Symptomen herum zu doktern – wie es auch der Antrag der Regierungsfractionen versucht – sollte die Politik endlich eine grundlegende, systematische Verbesserung des Ausbildungssystems vornehmen. Meine Fraktion hat dazu einen Vorschlag erarbeitet, den wir im vergangenen Jahr mit zahlreichen LehrerInnen und anderen im Berufsbildungssystem Tätigen diskutiert und konkretisiert haben.

Eckpunkte unseres Vorschlags ist ein Gesamtsystem, das sicherstellt, dass alle Jugendlichen eine Berufsausbildung bekommen. Dafür sollen folgende Eckpunkte gelten:

-> Alle Jugendlichen machen entweder Abitur oder eine Berufsausbildung.

-> Die Schulpflicht wird bis zum Abschluss einer Berufsausbildung oder bis zum Abitur ausgeweitet. Das muss durch einen Abgleich der Meldedaten auch tatsächlich kontrolliert werden, was in Schleswig-Holstein bislang nur im Kreis Schleswig-Flensburg geschieht.

-> Die Berufsausbildung soll grundsätzlich nach dem 10. Schuljahr beginnen. Die Vorstellung, dass Hauptschüler schon nach 9 Schuljahren eine Berufsausbildung beginnen können, ist nicht mehr realistisch. Das 10. Schuljahr soll aber als berufsvorbereitendes Jahr mit Theorie und Praktika auch an der Berufsschule absolviert werden können.

-> Ausbildung und Schule sollen modularisiert werden. Die praktischen, theoretischen und allgemeinbildenden Module sollen gesondert testiert und bei einem Wechsel der Ausbildung oder der Schule angerechnet werden.

-> Es soll in Zukunft fünf Formen der Sekundarstufe II geben:

1. Eine betriebliche Ausbildung im dualen System;
2. eine staatlich anerkannte Ausbildung an privaten oder staatlichen Einrichtungen wie z.B. Krankenpflegeausbildung, Verwaltungsdienst oder ErzieherInnenausbildung;
3. eine Ausbildung an einer Berufs- oder Produktionsschule mit vergleichbaren Praxisanteilen in Betrieben und den überbetrieblichen Ausbildungszentren der Kammern. Die Grundlage dafür wurde bereits 2005 durch die Änderung des Paragraf 43 des BBiG geschaffen. Erste Versuche laufen ja auch schon in Schleswig-Holstein.
4. Eine gymnasiale Oberstufe an einem Gymnasium, Fachgymnasium oder einer Gemeinschaftsschule mit dem Abschluss Abitur oder Fachhochschulreife.
5. Eine mehrwertige (polyvalente) 4-jährige Oberstufe mit dualer Berufsausbildung, die sowohl zum Abitur wie zu einem Berufsabschluss führt. Dies bietet sich besonders für die Berufe an, in denen heute regelmäßig überwiegend AbiturientInnen als Auszubildende eingestellt werden wie für Versicherungs- und Bankkaufleute oder InformatikerInnen. Sie vermeidet den heutigen Zeitverlust, der entsteht, wenn AbiturientInnen erst eine Ausbildung machen und dann studieren.

Für die Finanzierung des Systems können die zahlreichen Warteschleifenprogramme gegengerechnet werden. Nach Berechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft können sogar erhebliche Gelder eingespart werden. Es sollte aber auch geprüft werden, ob nach dem Modell der Bauwirtschaft Betriebe in den Branchen, in denen unter Bedarf ausgebildet wird, durch eine Abgabe herangezogen werden können, wenn sie selbst nicht ausbilden.

Ich freue mich, dass eine Reihe von wichtigen Problemen auch im Antrag der Koalitionsfraktionen aufgegriffen wird. Insbesondere freut mich, dass die CDU über den Schatten gesprungen ist und das Thema vollzeitschulische Ausbildung endlich aufgreift. Nicht einverstanden sind wir dagegen mit der Ausweitung der zweijährigen Ausbildungsgänge. Alle Erfahrungen zeigen, dass schwächere Jugendliche eher mehr Zeit als andere brauchen, um eine Ausbildung zu absolvieren. Ihnen weniger Zeit zu gönnen, wird dieser Sachlage nicht gerecht.

Das Jahr der Berufsausbildung sollte ein Anlass sein, die Probleme der Ausbildung nicht länger zu ignorieren. Wir brauchen deshalb dringend eine Reform und Erweiterung des Berufsbildungssystems. Packen wir es an. Es wird Zeit, dass wir aufhören, die Situation schön zu reden. Ich hoffe, dass wir die Anträge ausführlich im Ausschuss beraten können.
